

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 10. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 11753-54.

Rußlands abschreckendes Beispiel.

Amsterdam, 10. Juni. „Telegraaf“ meldet aus London: Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die Rußland besucht hat, ist gestern abend zurückgekehrt.

Der Vorsitzende der Abordnung, Ben Turner, sagte in einem Interview, in Rußland herrsche viel Unsicherheit zwischen dem flachen Lande und den Städten, weil letztere den Bauern für die Lebensmittel keine Kaufsmittel bieten könnten. Turner gab zu, daß in Rußland ein roter Terror geherrscht habe, aber schließlich als Vergeltung und als Folge des weißen Terrors. Der allgemeine Eindruck der Delegation sei, daß der Grundgedanke einer Räteregierung für ein demokratisches Land wie England nicht tauglich sei. Es liege sicher viel Gutes in dem Streben der Bolschewisten, aber sie berücksichtigen die menschliche Natur nicht, und so viel Schönes der Kommunismus in vielen Beziehungen auch einschleife, so könne er erst in einigen Generationen verwirklicht werden. Der Delegation ist aufgefallen, daß unter der bolschewistischen Regierung keine industrielle Freiheit besteht und daß Arbeitsunterdrückung nicht gestattet wird.

Turner sagte zum Schluß, die Bevölkerung des flachen Landes leide dem Bolschewismus nicht sowohl freundlich als vielmehr gleichgültig gegenüber, dagegen sei die große Mehrheit der Bevölkerung von Petersburg, wo am meisten gehungert wurde, unstrittig auf Seiten der Bolschewisten.

Eine Denkschrift Krassin's.

London, 10. Juni. Es verlautet, daß die Denkschrift, die Krassin dem Ausschuss des Obersten Wirtschaftsrates unterbreitet hat, folgendes enthält:

1. Einstellung des Kriegszustandes als Vorbedingung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. 2. Einstellung der Blockade und 3. die Möglichkeit, wirtschaftliche und kommerzielle Beziehungen mit den Alliierten, mit denen Rußland im Kriegszustand lebt, anzuknüpfen. Ferner schärfe Umschreibung der Bedingungen für diese Wiederaufnahme. Diese Bedingungen umfassen eine Handelsvertretung auf der Basis der Gegenseitigkeit, ferner das Recht der Handelsvertreter, mit anderen Ländern in geregelter Verbindung zu treten und die Zusage, daß die

Frage, welche mit dem künftigen Frieden im Zusammenhang stehen, die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Operationen nicht beeinflussen werden. Weiter die Wiederherstellung der Freiheit zu Wasser und zu Lande. Schließlich gibt Krassin eine Aufstellung der Waren, die in Rußland ein- und ausgeführt werden können.

Englisch-russische Verständigungsversuche.

Kopenhagen, 10. Juni. (TL) Nach einer Meldung aus London erklären die „Times“, daß die britische Regierung trotz des Widerstandes Frankreichs sich entschlossen sei, zu einer Verständigung mit Rußland zu kommen und besonders den Postverkehr wieder zu eröffnen. Millerand habe geltend gemacht, daß eine Wiederaufnahme des Postverkehrs mit einer Anerkennung der Moskauer Regierung gleichbedeutend sei.

Die Reeder gegen den Achtstundentag.

Kopenhagen, 10. Juni. Die Baltische- und Weibereederkonferenz, der Dampfschiffreederei Englands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und Belgiens hielt gestern hier nach dem Kriegsjahre die erste Jahresversammlung ab. In der Sitzung wurden Beschlüsse für den Böttcherbund, die Freiheit der Meere, den Handelsverkehr und gegen die Einführung des Achtstundentages an Bord der Schiffe angenommen. Ferner wurde beschlossen, die Segelschiffreederei in den Zusammenschluß aufzunehmen. Der Präsident der Konferenz, Schiffreeder Robbe aus Newcastle, wurde wiedergewählt und zum Ort der nächsten Jahresversammlung London bestimmt.

Das Wahlergebnis in Rumänien.

Amsterdam, 10. Juni. „Times“ meldet aus Bukarest: Durch die allgemeinen Wahlen in Rumänien erhielt General Averescu eine große Mehrheit. 215 Abgeordnete gehören zu der Volkspartei unter General Averescu, während die Opposition 127 Mitglieder zählt.

Ukrainisches Geld in Deutschland.

Selbstamtlich wurde dieser Tage bekanntgegeben, daß mit Desterreich-Ungarn, Rumänien und zum Teil mit der Ukraine die endgültigen Abrechnungen für die Lieferungen aus der Kriegszeit in die Wege geleitet worden seien. Es wurde allerdings hinzugefügt, daß die Abrechnungen mit der Ukraine zurzeit unübersichtbar wären, weil die Nachprüfung der Läger und Bestände in Kiew usw. nicht möglich sei. Es ist uns aber bekannt, daß Bestrebungen im Gange sind, das Guthaben des ukrainischen Staates in die Hände der Abenteuerer-Regierungen und Regierungs-Präsidenten zu spielen. So bemühen sich der Operetten-Beimann Skorobabki und seine Leute darum, die in Deutschland bei der Reichsbank deponierten Beträge an sich zu reißen. Desgleichen will Petljura mit polnischer Unterstützung Herr der Gelder werden. Wie uns zuverlässig berichtet wird, wird versucht, auf die Entente-Missionen einzuwirken, damit sie auf Deutschland nach der einen oder der anderen Richtung hin ihren Machtinfluß ausüben.

Für verschiedene Borenlieferungen, die Deutschland während der Besetzung der Ukraine von dort bezogen hat, sammelte sich bei der Reichsbank ein ansehnliches Guthaben des ukrainischen Staates an, ein Guthaben, dessen Höhe jetzt etwa 450 Millionen Reichsmark beträgt. Die deutsche Regierung hat mit vollem Recht die Auszahlung dieses Geldes bis jetzt verweigert. Die Unübersichtlichkeit der Läger und die Diebstahlererei in der Ukraine verbieten ein anderes Verfahren. Es darf nicht übersehen werden, daß die deutsche Regierung, irgendwelchen Einwirkungen nachgebend, zu einer Änderung dieses ablehnenden Standpunktes kommen werde. Auf Grund des Verfallens des Friedensvertrages können die Ententemächte in keiner Weise verlangen, daß das dem ukrainischen Staate, vor allem dem ukrainischen Volke gehörende Geld für irgendein Unternehmen, dem von vornherein kein Abenteuer-Charakter anhaftet, Verwendung findet. Es ist zu berücksichtigen, daß auch die ukrainische Sowjetregierung Anspruch auf das Geld erhebt. Wie kann die deutsche Regierung unter diesen Umständen das Geld freigegeben? Es muß daher mit größter Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das Geld so lange in Verwahrung der deutschen Regierung verbleibt, bis sich eine rechtmäßige, mit genügend anerkannten Vollmachten des ukrainischen Volkes ausgestattete Regierung auf Grund des internationalen Rechts als berechnete Vertreterin der Ukraine herausstellt. Das alles hat dann in vollster Deutlichkeit zu geschehen, damit die geforderten Garantien auch richtig gegeben werden.

Die Wahlen in Sachsen.

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Wohl kaum in einem anderen Lande hatte die Sozialdemokratie in dem verflochtenen Wahlkampf mit solchen Widerwärtigkeiten zu kämpfen wie im Freistaat Sachsen. Hier hatte neun Monate eine rein sozialdemokratische Regierung bestanden, die übrige Zeit verfügte wir in der Regierung über die überwiegende Mehrheit. Dabei hatte Sachsen als ausgeprägtestes Industrieland im Reich und als Zugschubgebiet am argsten unter Ernährungs-schwierigkeiten und den Folgen der Arbeitslosigkeit zu leiden. Für eine skrupellose unabhängige Regierung, die in der Hauptsache darin bestand, alle Schuld für die herrschende Misere nicht etwa auf die alten Gewalten, sondern auf die „berlotterte sozialdemokratische Regierung“ abzuwälzen und sie für alles Ungemach, worunter die Bevölkerung vielleicht härter noch als anderswo litt, verantwortlich zu machen, war somit in Sachsen ein besonders geeigneter Boden. Stellt man sich das alles gebührend in Rechnung, dann wird man den Wahlausfall in Sachsen noch als erträglich bezeichnen müssen, soweit die sozialdemokratische Stimmengruppe in Betracht kommt, und es erklärlich finden, daß wir einen Rückgang um fast genau 50 Proz. erfahren haben. Unschwer haben wir trotz des besonders ungünstigen Wahltermins wenigstens nicht schlechter abgeschnitten, als es im Reichsdurchschnitt der Fall ist. Freilich ist der Mandatsverlust empfindlich, denn wir werden von 17 Vertretern, die wir in Sachsen in der Nationalversammlung hatten, nur 9 erhalten können, also nur reichlich die Hälfte des früheren Bestandes.

Die Stimmenverluste sind in den sächsischen Wahlkreisen nicht ganz gleichmäßig. Am größten sind sie im Kreise Chemnitz-Zwickau, wo der Verlust 46 Proz. beträgt, am größten im Kreise Leipzig mit 54 Proz., während Dresden mit 52 Proz. in der Mitte steht. Ob die stark oppositionelle Haltung der „Chemnitzer Volksstimme“ dazu beigetragen hat, eine größere Abwanderung zu den Unabhängigen zu verhindern und so das Chemnitzer Ergebnis etwas günstiger geworden ist, oder ob die Laxheit von Einfluß gewesen ist, daß in Chemnitz selbst die Unabhängigen bedeutungslos geblieben, dafür aber die Kommunisten stark aufgekomen sind, läßt sich kurzerhand nicht entscheiden.

Am besten sind mit ihrer bedenkenlosen Agitationsmethode die Unabhängigen gefahren. Sie haben ihre Stimmengruppen in Sachsen von 337 458 auf 579 397 vermehrt, aber doch nicht soviel gewonnen, wie wir unter der Ungunst der Situation und des Bruderkrieges verloren haben, denn die sozialdemokratischen Stimmen sind von 1 123 582 auf 563 008 zurückgegangen, wir haben mithin einen Verlust von 560 574 Stimmen zu beklagen, während der unabhängige Gewinn sich nur auf 241 939 Stimmen bezieht, wozu man noch 103 235 kommunistische Stimmen rechnen könnte. Das besonders beklagenswerte Gesamtergebnis des sozialistischen Wahlkampfes ist somit ein nicht unbeträchtlicher Rückgang der sozialistischen Stimmen, auch wenn man die aller drei Richtungen zusammenrechnet, und gleichzeitigem Anwachsen der bürgerlichen Stimmen. Das Stimmverhältnis hat sich in Sachsen also gestaltet:

Sozialdemokratische Stimmen einschließlich der Unabhängigen	Bürgerliche Stimmen
1919 . . . 1 461 040	963 506
1920 . . . 1 142 456	1 099 803
	+ 137 297

Auch wenn man den sozialistischen Stimmen die 103 235 kommunistischen zurechnet, bleibt noch ein Ausfall von mehr als 200 000.

Das Los der bürgerlichen Parteien war ein sehr verschiedenes. Die Demokraten waren als einzige bürgerliche Regierungspartei der robusten Agitation von links und rechts besonders ausgesetzt, die für alle die zahlreichen Widerwärtigkeiten die Regierungsparteien verantwortlich zu machen suchte. Sie sind unter der Einwirkung dieses Kreuzfeuers, das bei der politischen Unruhe vieler bürgerlicher Wähler besonders gefährlich war, von 532 469 auf 218 028 Stimmen zurückgegangen, haben mithin mehr als 300 000 Stimmen, fast 60 Proz. des früheren Bestandes verloren, während ihre Vertreterzahl von 7 auf 3 zurückgegangen ist.

Die Deutsche Volkspartei hat den größten Zuwachs, sie hat die schwankenden liberalen Elemente aufgenommen, die vor einer aufstrebenden demokratischen Politik zurückgeschreckt sind. Infolgedessen ist die volksparteiliche Stimmengruppe von 98 369 auf 459 651 gestiegen. Im allgemeinen blieben aber die Volksparteier in Sachsen bei ihrer Agitation kühler und zurückhaltender wie die Streikemannliche Richtung, besonders haben sie in der sächsischen Volkskammer der demokratisch-sozialistischen Regierung noch keinerlei Schwierigkeiten gemacht.

Am bürgerlichen Stimmengewinn ist zwar auch die Deutschnationale Volkspartei beteiligt, sie hat sich aber mit bescheidenen Erfolgen begnügen müssen. Sie

Die Stimme der Nationalisten.

Weitere Äußerungen zum Wahlausfall.

Genf, 10. Juni. (TL) In Paris macht sich plötzlich die Erkenntnis geltend, daß die selbstsüchtige Friedenspolitik der Entente gegenüber Deutschland wesentlich zu dem Ausfall der Reichstagswahlen und zur Niederlage der Regierungskoalition beigetragen hat. In der Presse kommt die lebhafteste Befürchtung zum Ausdruck, daß die Durchführung des Versailleser Friedensvertrages in Zukunft auf noch größere Schwierigkeiten stoßen würde als bisher. Das „Journal“ sagt voraus, daß infolge der wahrscheinlich sehr kräftigen Opposition der äußersten Linken die künftige Regierung gezwungen sein werde, mit dem guten Willen der Deutschnationalen zu rechnen. Diese Partei dürfte also die Lage beherrschen, auch wenn sie nicht selbst in die Regierung eintreten würde. Die deutschen Wähler täten aufs neue vor, welche schrecklichen Irrtum diejenigen Politiker begangen hätten, die glaubten, man könne die Ausführung des Friedensvertrages auf Monate und Jahre hinausschieben. Je länger man warte, desto schwerer und riskanter werde die Ausführung werden. Das sei in Rücksicht auf die Lehre der Abstammung vom 6. Juni.

Das „Echo de Paris“ gibt zu, daß diejenigen Parteien den Erfolg davontragen, die, wie die Unabhängigen, aus allgemein menschlichen und sozialistischen Rücksichten, oder, wie die rechtsstehenden Parteien, aus nationalen Gründen, als Gegner des Versailleser Friedensvertrages aufgetreten seien. Die Ausführung dieses Friedensvertrages sehe aber eine starke Regierung in Deutschland voraus, und gerade in dieser Hinsicht werde nunmehr offenbar die Bildung einer starken Regierung noch schwieriger werden als bisher. Diese Erkenntnis sollte, so meint das Blatt, den Herren Millerand und Lloyd George zum Bewußtsein bringen, daß sie sich schleunigst über die Mittel zur Durchführung des Friedensvertrages einigen müßten, denn wenn sie nicht möglich wäre, so wäre es besser, nicht nach Spa zu gehen.

Der „Temps“ erwartet von den beiden erfolgreichen Parteien, den Unabhängigen und der Deutschen Volkspartei, daß sie unverzüglich ihre Stellung zum Friedensvertrag kundgeben und sich über die Beziehungen des Reiches zu den übrigen Völkern äußern.

Das „Journal des Debats“ ist vorsichtig. Es stellt fest, daß sich zunächst noch, wie so oft in Deutschland, die ganze Entwicklung der Dinge um die Haltung der katholischen Zentrumspartei drehe, und daß es notwendig sei, deren Entscheidung abzuwarten. Das die Haltung der sozialistischen Partei anbelangt, so darf man feststellen, daß der „Populaire“ und das „Journal du Peuple“ lebhaft für eine Einigung der deutschen Mehrheitspartei und der Unabhängigen eintreten.

ist von 310 052 auf 418 200 angestiegen, ihre Vertreterzahl vorwiegend von 4 auf 6. Diese Reaktionskurve ist dabei weit hinter den Hoffnungen zurückgeblieben, mit denen sie sich vielfach gebrüstet hat.

Der Wahlausfall wird in der sächsischen Volkskammer vorwiegend durch die Verdrängung der Frage geben, ob sie in der bisherigen Zusammensetzung und unter der demokratisch-sozialistischen Regierungsmehrheit ihre Arbeiten beenden oder sofort Schluss machen soll. Alle Zweitmöglichkeiten sprechen für ein Aufhören bis zur Erledigung der Verfassung, des Wahlgesetzes und des Staats. Wahrscheinlich wird auch so entschieden werden und die Auflösung der Kammer erst nach Beendigung dieser Arbeiten, vielleicht im Herbst erfolgen.

Scheidemann oder Stresemann?

Kassel, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht des Vorwärts.) Zur Kabinettbildung schreibt Genosse Scheidemann im „Kasseler Volksblatt“ unter dem Titel „Scheidemann oder Stresemann?“, daß er die Vereinnahmung Stresemanns, in ein Kabinett einzutreten, dem auch die S. P. D. angehört, durchaus selbstverständlich findet, denn er kenne Herrn Stresemann nicht erst seit gestern. Nachdem die Mehrheit der Bourgeoisie, auch sehr erhebliche Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Herren Helfferich und Stresemann ernst genommen und entsprechend gewährt hätten, sollte man den Vorzügen dieser unbegreiflich klugen Männer unbedingt Gelegenheit geben zu zeigen, wie sie die in dem Wahlkampf dem Volk gemachten Versprechungen zu erfüllen gedenken. Wenn die Kriegs- und U. Boot-Geldern Helfferich und Stresemann in Spa aufstehen, würden sie von vornherein der jubelnden Aufnahme seitens der Ententevertreter gewiß sein können. Nachdem die demokratischen Parteien sich im Wahlkampf von den deutschnationalen und völkerverhetzlichen Herrschaften Tag für Tag in Verfassungen und in der Presse als unfähig zur Regierung, dagegen als Schieber, Stellenjäger usw. dem Volke hätten vorstellen lassen müssen, so wäre man ihnen wirklich nicht zumuten, mit so einwandfreien und untadelbaren Herren wie Helfferich und Stresemann zusammen zu regieren.

Die Parteien, die sich zu Helfferich und Stresemann bekennen, sind es, die uns in den Krieg und damit ins größte Elend gestürzt haben, obgleich sie dem Volke die herrlichsten Siege in Aussicht gestellt hatten. Sie sind es, die jetzt durch ihre neuen Verhandlungen im Wahlkampf das Volk vor chaotische Zustände gestellt haben. Trotzdem, was jetzt kommt oder doch mindestens kommen kann, wird die Bourgeoisie am schwersten zu tragen haben. Freilich wird leider das ganze Volk mit getroffen werden, aber allzulange wird die Arbeiterchaft dem Treiben der Herren Helfferich und Stresemann nicht mit den Händen in der Hosentasche zusehen.

In rechtsstehenden Blättern wird eine Neuherausgabe wiedergegeben, die Genosse Scheidemann gelegentlich der Erörterung in einer Stadtverordnetenversammlung getan und die nach der „Deutschen Tageszeitung“ folgenden Wortlaut haben sollte:

„Regen Sie sich nicht weiter auf, wir haben spätestens innerhalb zweier Monate die Revolution. Wir werden dann alles über den Haufen werfen.“

Diese Angabe hängt von vornherein außerordentlich unzuverlässig, und auf die Anfrage eines Berliner Mittagsblattes hin gab Genosse Scheidemann folgende beruhigende Auskunft:

In einer vertraulichen Sitzung des Haushaltsausschusses der Kasseler Stadtverordneten wurde bei der Erörterung des Etats, der ein Defizit von 5 Millionen Mark aufweist, auch die allgemein politische Lage gestreift. Gegenüber den absolut unberechtigten optimistischen Äußerungen eines deutschnationalen Stadtverordneten schloß sich die Auffassung richtig an, daß wir in kurzer Zeit wieder einen Bürgerkrieg haben könnten.

Diese Äußerung ist, wie erwähnt, in einer als vertraulich bezeichneten Besprechung gefallen. Von einer Revolution, die in zwei Monaten kommen soll, habe ich nicht gesprochen.“

„Totes Gleis! ...“

Von Willi Dienbaum.

Der Krieg war zu Ende; die Stadt vermilbert, gerührt und verfallen. Die einen rieten zum Weiben, zum Dauern — die andern zog Sehnsucht nach der fernern, sonnig-schönen Stadt, von der sie soviel nun gelesen, gehört. Sie waren die Mehrzahl und führten sorglos mit dem Wahnwitz in die Nacht hinaus, die Brust voller Hoffnung, den Kopf voll Ideale — mitten im Novembersturm, peitschendem, kaltem Regen. Der Zug schob sich langsam ins Feld. Neue Führer führten kriegsversahrene Strecken und Maschinen. Bald mangelte es an Kohlen, an Wasser, dann waren Gleis und Stellwerk nicht mehr in Ordnung. Unkraut war gewuchert in Jahren. Steine lagen im Weg, Schienen waren gelockert, gesackt. Und die brannen im Zuge stoben und höfsten, lauerten in Ecken sich; man murmelte und Inzerte fürst für sich ob der Vummelsucht, den vielen Störungen, tobte lauter schon auf Zugführer, Heizer, Zugpersonal und schlafmüde Arbeiter stießen zuwilen den Kopf aus dem Fenster, doch schneller wieder hinein — denn Regen und Sturm schlug ins Gesicht. Und nichts war zu bilden denn rabenschwarze Nacht, ein paar Signallaternen, weit darüber rollender Himmel: die ferne Stadt, das Ziel. Dann oder ward man des Hornes, redete wutenbrannt. Von Abteil zu Abteil schwoh der Damm an; selbst in den Wagen der zweiten und ersten Klasse war man weidlich ungehalten und sprach lobend von der guten, alten Stadt. . .

Und währenddem mühten in Nacht und Regen und Sturm fleißige Arbeiter sich. Die wählten: da hilft kein Ruch, kein Horn — nur herzhast zupacken! Was tat es, daß die Gleise durchnäht und schauzig geworden. Nur bisweilen pflö sie Ingrim und Trub, wenn hagelblitz Schimpfworte von Keunmalweissen um ihre Köpfe flogen.

So waren sie Tage und Nächte ins weite Land hinausgefahren. Es ging nun leiblich voran. Der Kälte war Regen und Sturm gemichen.

Die vierte Nacht ein plötzlicher Aus. Halt auf freier Strecke! Weist und brecht kein Haus, kein Licht — undurchdringliche Finsternis: Nur weit vorn zwei tollstommende Bahnlaternen. Die Stadt war noch immer weit fern.

Das Gleis gerstört! Kriegsfolgen noch. Wie desessen Schimpfe und kreischte man mit Zugführer und Heizer. Die aber waren gelassen, gaben trodenen Sinnes den Rat: „Unweder wir fahren zurück zur nächsten Station und holen uns Schienen, legen sie weiter oder aber dampfen zurück zu den Ruinen, daher wie gekommen. Zwei Tage nur und wir sind am Ausgangort.“

Hiermit erledigen sich also die von der reaktionären Presse an die angebliebenen Äußerungen des Genossen Scheidemann geknüpften Kommentare.

Seid umschlungen!

Strenge Gelänge der Deutschen Volkspartei.

Mit brünstigen Schmeicheleien sucht jetzt auch die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, Sozialdemokraten und Demokraten zum Verbleiben in der Regierung zu locken. Das völkerverhetzliche Sprachrohr besingt sich bitter über „rein parteipolitische Bewertung“ des Wahlergebnisses — durch die bisherigen Regierungsparteien! Es schönt:

Man könnte diesen Ausdrücken von ungezügelter Parteifurcht in normalen Zeiten eine Weile mit zusehen. In dieser Zeit aber, in der in Deutschland wirklich das politische und wirtschaftliche Leben immer noch am Rande des Abgrundes steht, wirkt das Loben politischer Leidenchaften gegen feststehende, wenn auch noch so unerwünschte Tatsachen verhängnisvoll. Nachdem das deutsche Volk durch die Wahlen gesprochen hat, muß gerade nach demokratischer Auffassung sein Urteil respektiert werden. Parteifanatismus hat jetzt zu schweigen. Es gilt einzig und allein an den positiven Wiederaufbau, für den sich das deutsche Volk am 6. Juni entschieden hat. Hand anzuheben und dieser Wiederaufbau ist nur möglich, wenn sich die Verantwortung auch durch Parteifranken hinweg endlich wieder Bahn bricht.

Schau, schau, wie hübsch man plötzlich auf „ungezügelter Parteifurcht“ und „Parteifanatismus“ schmälen kann, nachdem man selber monatelang in wüster demagogischer Weise gegen „Schieberrepublik“ und „Judenregierung“ gehetzt hat! Der Redaktor der „Nationalen Korrespondenz“ schließt mit den Worten:

Hier kann jede Partei, die nicht, wie die Unabhängigen und Kommunisten, zerschanden will, zugreifen, und jede Partei, die nicht einseitigen Diktaturgelüsten nachgibt, kann und muß die Artstigung der Staatsautorität auf ihre Fahne schreiben. Auch hier ist die Möglichkeit gegeben, sich bei gutem Willen über Parteifranken hinweg die Hand zu reichen. Deshalb hält die Deutsche Volkspartei der Verwirrung, die sozialdemokratische und demokratische Blätter aus Parteifurcht stiften möchten die klare Parole entgegen: Schluss mit der Parteipolitik, alle Hände frei für den Wiederaufbau des gemeinsamen Vaterlandes.

Vor Lische las man's ander! Da hieß es: Ihr Sozialdemokraten habt Euch hinwegzusehen, das Volk will nicht, daß Ihr Euch an die „Futtertrippe“ drängt. Ihr seid nur Schuster, Schneider, Reisende in Spülkassett, Zubehälter, Analphabeten usw., Ihr versteht nichts vom Regieren, überlaßt das uns, die wir es gelernt haben! — Und nun, so wir gehen wollen, befehdtwort man uns „Zubehälter und Analphabeten“ plötzlich in den brünstigsten Tönen, dazubleiben und zu helfen, weil es ohne uns nicht ginge! Ein mehr als durchsichtiges Doppelspiel!

Wir aber denken an die Sirenen der alten Odysseusage, die mit den holdsten Gesängen die Vorbeifegenden zur Landung auf ihrer Insel lockten, um sie dann mit scharfen, verborgenen Straßen zu erschleichen. Und wir besolgen das gute Rezept des klugen Odysseus und seiner Gefährten, die sich Wachs in die Ohren stopften!

Der geschäftsführende Ausschuss der „Deutschen Volkspartei“ tritt am 16. Juni zu einer Aussprache über die politische Lage zusammen.

Die beleidigte „Morgenpost“.

Der Ruf nach rechts wird mitgemacht!

In unserer Uebersicht über die Berliner Pressestimmen am Dienstag abend hatten wir unsere Verwunderung über die Anbiederung der „demokratischen“ „Morgenpost“ an die „Deutsche Volkspartei“ ausgesprochen und dabei ganz leise

und leuchtend und pultend ging es zurück ohne zu halten in alte Hag und Tuge und Fron.

Da murmelten dieselben Leute von neuem, die vor wenigen Tagen Schienen zu legen sich geschaut, und rebelen auf Märkten und Plätzen der Stadt von der schönen, sonnigen, großen Stadt der Brüder und Freien, der sie schon so nahe gewesen; nur der Zugführer habe nicht weiter gewollt. . .

An der Bahnhofshalle aber hing noch Wochen danach ein Schild: „Arbeiter zum Streckenbau gesucht! Zugverkehr bis auf weiteres gesperrt!“

Die Reform der Kunsthochschulen. Das Preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hatte die Berliner Akademie der Künste aufgefordert, über die gegenwärtige Lage und über die Reformfähigkeit der staatlichen Kunsthochschulen sich zu äußern. Die Akademie beauftragte ihren künftigen Präsidenten Prof. Max Biedermann mit der Festhaltung des Gutachtens. Biedermann hat es eingereicht und wird Gelegenheit haben, die Durchführung seiner vorläufig theoretischen Vorschläge in dem Amt, das er am 1. Oktober antritt, zu versuchen. In Betracht kommt da, daß im Ministerium das Gebiet der Kunsthochschulen und des künstlerischen Fortbildungswesens überhaupt zunächst in dem aus Halle berufenen Prof. Dr. Wilhelm Wackelbalt einen neuen Dozenten erhalten hat.

Schirin und Gertraude. Zur Begründung des Allgemeinen Deutschen Musikervereins, der jetzt erstmals seit 1914 in der Umstadt tagt, hatte das Berliner Nationaltheater die Ursprungsführung der „Leitenden Oper“ von Paul Graener auf den 8. Juni verschoben. Man kennt die Diktorie vom Grafen Gleichen mit den zwei legitimen Frauen, die Gesellen aneinander fanden und die Doppelgängerin in Eifersucht und letzte Resignation bekten. Ernst Dardt, der fleißige Intendant, hat den Stoff mit derben und sprichigen Humoren durchsieht, denen die Naivität des Vorgangs, die besondere Färbung des allgermanischen, türkisch durchsiehten Mittens und die Köppligkeit des fetten Grafen zusetzen kam. Paul Graener griff den Stoff von kalther Seite an, betonte die Liebesleid, in der er sich immer wieder an Wagners Ring-Musik emporstößt, unterließ die Sentimentalität durch Bevorzugung dünner und sorgfältiger Instrumentierung und ließ gerade die Redheit, das Schwingende und Fröhliche, den Champagner im Orchester vermissen. Darunter ist, besonders das allgermanische Vortupfen zum ersten und vierten Akt sowie der ganze erste Akt. Der zweite hebt sich zu einer gesunden Liebesromantik mit dramatischem Einschlag, und erst der dritte zeigt das leichte, sprühende Geistes von Musikanten, die nicht bloß Instrumentalisten sondern. Auf dieser Linie hätte das ganze Werk stehen müssen und wir hätten die Hoff-Brerri-Nähe. Die Polsterie und Bekleidungsleid des Stoffes erkrankt so in zu vieler, ohne Kontinuitätlichkeit müßig fliegender, guter Allgemeinmüß. Ernst Dardt dirigierte ohne Grazie, das Orchester, von vielen Festproben wohl erkrankt, kam mangelhaft triumph im Streichorchester. Ganz ausgezeichnet im Wirbeln der Stimmung, in der Personarbeit des Kampfespiele-

und höflich gefragt, ob etwa Herr Stinnes mit der Redaktion der „Morgenpost“ Fühlung genommen habe. Hierüber war die gute „Morgenpost“ tief gekränkt und warf uns einige Beschimpfungen, wie „mangelnde Befähigung“, „Verdächtigung“, „böswärtige Unverschämtheit“ usw. an den Kopf. Sie schrieb weiter, daß wir selbstverständlich von der völkerverhetzlichen Haltungslosigkeit unserer Verdächtigungen überzeugt, sondern finden eine glänzende Bestätigung unserer Vermutung — in der „Morgenpost“ selbst. Allerdings ist die Fühlungnahme der Partei Stinnes nicht mit der Redaktion unmittelbar, sondern mit der Inseratenabteilung erfolgt. Am Sonnabend, den 5. Juni nämlich, am dem Tage, also an dem der Wahlkampf auf das heftigste entbrannt war und die wahrhaft demokratischen Blätter, wie das „V. L.“, die „Berliner Volkszeitung“ u. a., von den sozialistischen gar nicht zu reden, die Hauptangriffe gegen die erregte Deutsche Volkspartei richteten, fand sich in der „liberalen“ „Morgenpost“ folgendes Inserat, das fast ein Viertel der Seite einnahm:

Der Ruf nach rechts wird mitgemacht!

Das ist der felsenfeste Vorbehalt ungezügelter Tausender, denen klar geworden ist, daß mit der jetzigen Wirtschaft Schluss gemacht werden muß, soll nicht das ganze Volk zugrunde gehen. Dem aber an der Erhaltung seiner liberalen und sozialen Grundzüge dabei gelegen ist, dem kann die Wahl nicht schwer fallen, wenn er am 6. Juni seine Stimme geben soll, es kann nur die Deutsche Volkspartei sein. Darum auf zur Wahl am 6. Juni für die

Deutsche Volkspartei.

Es muß bemerkt werden, daß die „Morgenpost“ vielfach das Blatt des sogenannten „kleinen Mannes“ ist, der es in dem Vertrauen liebt, von diesem Blatt in einer wahrhaft völkerverhetzlichen Weise geführt zu werden. Wir möchten begreifen, ob die Leser der „Morgenpost“ mit der gleichen Engherzigkeit den Ruf nach rechts mitmachen, wie er von der Redaktion der „Morgenpost“ schneidig und irrtümlich durchgeführt worden ist. Die Fühlungnahme des Herrn Stinnes mit der „Morgenpost“ heißt also bestehen.

Gerissene Bewunderung.

Zimmermanns Abbitte an Stresemann.

Unter der Ueberschrift „Recht in der Rechten“ haben wir jüngst Ausführungen des Herrn A. Zimmermann in der „Deutschen Zeitung“ wieder, in denen sich die ehrliche Entrüstung eines extremen deutschnationalen Spiegelte, daß der gerissene Herr Stresemann bei den Wahlen die deutschnationalen Partei so gründlich über das Ohr gehauen habe. Diese gar zu große Offenherzigkeit hat offenbar in führenden Kreisen der deutschnationalen Volkspartei, so man auf die Wahrung des äußeren Scheins noch Wert legt, stark verstimmt, und Herr Zimmermann ist von „oben“ gemahnt worden, in Sod und Lische Herrn Stresemann Abbitte zu leisten.

Diese Abbitte fällt allerdings reichlich komisch aus, denn der klare Sinn der Zimmermannschen Ausführungen läßt sich durch keine Deutleiten bewahren. So nimmt Zimmermann seine Ausflucht zu dem allbewährten Druckfehleraufsatz. Wenn er geschrieben hat: „Für die Rechte als Ganzes liegt ohne Zweifel Veranlassung zum Stolz auf das Wahlergebnis vor, für die Volkspartei als solche wohl nicht, so sei das nur Schuld des Siegers, der aus einem „auch“ ein „nicht“ gemacht habe! Aber Verzeihung, Herr Zimmermann, waren denn die Sieher der „Deutschen Zeitung“ an diesem Tage unzurechnungsfähig? Haben die Sieher denn auch den

rischen und in der Fortzeit ihres hübschen Soprans war die Gertraude von Fri. Eich; ihre Partnerin von Korroman n blieb ihr an gutem Spiel und an Ausdruck in dem postosen Akt nichts schuldig. Die Sänger allesamt: strebsam bemüht, aber wenig erdört. Der Beifall rief erst zum Schluß den Kompositionen.

Kurt Singer.

Ordnung als Hochseehäfen. Wenn die Hafenanlagen, die jetzt in Hamburg vorgenommen werden und geplant sind, vollendet sein werden, dann wird Hamburg den größten Hochseehäfen Deutschlands besitzen. Wie in „Wert und Reiz“ mitgeteilt wird, ist jetzt in dieser Stadt von den Securitas-Werken auf dem am dritten Hafenschen gelegenen Gelände des Seehafens eine Schiffwerft und eine Hochseehäfen vollendet. Auf einem Raum von 84 000 qm ist eine Werftanlage für kleinere Fahrzeuge erbaut worden. Auch eine große Fischverladerhalle ist angelegt worden. Es soll nun noch in absehbarer Zeit das vierte Hafenschen ausgebaut und eine Großwerft angelegt werden.

Das Alter des Industriearbeiters. Das Deutsche Reichsarbeitsamt hat an den Arbeitern von 15 Industriegruppen durch statistische Untersuchungen festgestellt, daß der Gesamtdurchschnitt aller dieser Gruppen für die Altersklassen bis zu 20 Jahren 47,6 Proz. ausmacht, während in den höheren Altersklassen 22 Proz. der Arbeiter zu finden sind. Auf den ersten Blick erscheint diese Statistik für die älteren Arbeiter als recht günstig; da in dessen das Jahrzehnt von 20—40 die höchste Prozentzahl aufweist, bleiben für die Altersklassen von 41—60 Jahren nur 27 Proz. übrig. Nur ein starkes Viertel der Industriearbeiter kommt demnach im Berufsleben über das 40. Jahr hinaus.

Die Kunst der Erziehung. Hans Reimanns Leipziger „Trache“, dies verdienstliche Ungelüm, das den Epücher und Philistern in jeder Modenummer hundertmal an den empfindlichsten Stellen beängelt, erzählt heute folgende kleine Beobachtung, die sozusagen jeder schon mal hat machen können:

Vor mir geht eine Dame in Seide und Weiß. Mit ihrem Schönen. Während ich an ihr vorüberfahre, höre ich: „Komm, mein Herzchen, geh schon grade, — in den Kopf hübsch in die Pö!“

Ich habe mich keine zehn Schritte entfernt, da höre ich: „Bedammte Jöhre, wüßte ich grade jehn!“

Die Wilmanns veranstaltet für die Teilnehmer an der Reichs-Konferenz am 16. Juni, nachmittags 4,15 Uhr, in den Kammerkassierern am Potsdamer Platz eine Vortragsvorführung des phantastischen Märchenfilms „Rabekahls Hochzeit“ von Paul Wegener. Vorher wird der gleichfalls sehr interessante Vortrag von Dr. Franz Pauli, einleitende Worte über Filmreform, Einladungsreden gegen Einleitung eines internationalen Umwelts durch die Reichs-Konferenz, Schmaragdener Straße 17.

Hans Vorlog hat einen Plan für das Salzburger Festspielhaus entworfen.

Ein Glasmosaikbild Heinz Kampff soll das Höher leer geliebene Bogenschieß aber dem Mittelort des Doms im Aufgang schmücken. Es wird jetzt nach des Künstlers Entwurf bei Gupl u. Wagner hergestellt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Krise in der Holzindustrie.

Die plötzlich über das deutsche Holzgewerbe hereingebrochene Krise trifft in ihrer Wirkung am schwersten die Arbeiter. Die vorausgegangene Hochkonjunktur hat den selbständigen Unternehmern, die für die Erzeugung und die Verteilung der Rohstoffe und der Fertigfabrikate der Holzindustrie in Betracht kommen, riesige Gewinne in den Schoß geworfen. Die Arbeiter haben davon wenig zu spüren bekommen. Der einzige Vorteil, den sie von der Hochkonjunktur hatten, war das Nachlassen der Arbeitslosigkeit. Zwar sind die Nominallöhne stark gestiegen, aber der Reallohn ist trotz der Hochkonjunktur gemäßigter gesunken. In weit härterer Weise als der Lohn sind die Kosten der Lebenshaltung gestiegen, so daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft sich zusehends verschlechtert hat.

Nun ist der Rückschlag eingetreten, und da sucht man die Ursachen in erster Linie auf die Arbeiter abzuwälzen. Das bittere Wort wird wieder zur Wahrheit: Der Arbeiter hat seine Schuldigkeit getan, der Lohn kann gehen. Der Arbeiter hat dem Unternehmer zu reichlichen Aufträgen geholfen; jetzt kann man ihn entbehren. Er wird rückwärts auf die Straße gestoßen und kann nun sehen, wo er steht. Die noch vielfach bei verkürzter Arbeitszeit Beschäftigten müssen froh sein, wenn man sie mit Versuchen verschont, den Stundenlohn zu kürzen. Bei dem Unternehmertum beginnen sich bereits die bösen Instinkte zu regen, man unternimmt es, die Arbeiter durch allerlei Schikanen zur Verzweiflung zu treiben.

Diesen Dingen kann die Organisation der Arbeiter nicht tatenlos zusehen. Es gibt Mittel und Wege, die Wucht der Krise abzumildern und ihre Lasten auf die Schultern aller Berufsangehörigen zu verteilen in einer Weise, bei der die am stärksten betroffenen werden, welche von der gleichen Zeit den größten Vorteil gehabt haben. Es muß aber mehr geschehen. Die planlose Produktion als die wichtigste Ursache der Krise muß beseitigt werden. Man muß das ganze Gewerbe einheitlich zusammenfassen. Durch eine vernünftige, dem Gemeinwohl dienende Verwaltung der Holzindustrie, besonders des Holzhandels, läßt sich eine Senkung der Preise der Produkte herbeiführen. Die ihren Verbrauch auch solchen Kreisen ermöglichen, die nicht durch Wucher- und Schiebergeschäfte zu reichlichen Mitteln gekommen sind. Ebenso ist es durch eine planmäßige Organisation des Holzhandels möglich, die riesenhafte Verteuerung zu beseitigen, welche die Erzeugnisse des Holzgewerbes noch auf dieser letzten Etappe erfahren, ehe sie in die Hände des Verbrauchers gelangen.

Um auf diesem Wege zu Ergebnissen zu gelangen, bedarf es der willigen Mitarbeit aller Beteiligten. Bei einem Teil der Unternehmer, die weiterzukommen wünschen als die Masse ihrer Kollegen, kann man diesen guten Willen voraussehen. Will man aber wirklich praktische Ergebnisse zeitigen, dann wird es ohne Zwang nicht abgehen. Die Gesetzgebung muß also in Bewegung gesetzt werden. In einer Denkschrift, welche alle in Betracht kommenden Momente knapp zusammenfaßt, wendet sich der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes an die zuständigen Ministerien der Länder und an die Mitglieder der von der Reichsregierung berufenen Sozialisierungskommission.

In sehr eingehender Weise werden in der Denkschrift die preisbildenden Faktoren, Arbeitslohn, Kosten des Rohmaterials und Unternehmer- und Händlergewinn kritisch beleuchtet und gangbare Vorschläge für eine Regelung der Verhältnisse in der Holzindustrie gemacht. Die Denkschrift kommt dann aus den datgelegten Zuständen zu folgendem Ergebnis. Erforderlich ist:

1. Eine Notverordnung über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Einfuhr- und Abfuhrrechts für Holzarten.
2. Ein Enteignungsgesetz zur Ueberführung des Privatbesitzes an Forsten in Gemeineigentum.
3. Einrichtung der Gemeinwirtschaft für Holz auf der Grundlage beruflicher Selbstverwaltung in paritätischer Zusammenfassung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und unter Kontrolle des Staats. Unterbrechung der gesamten inländischen Holzproduktion, der Ein- und Ausfuhr, der Sägewerke und des Holzhandels unter die Gemeinwirtschaft.
4. Einrichtung von Handlungsgenossenschaften für den Außen- und Innenhandel, gleichfalls auf der Grundlage beruflicher Selbstverwaltung in paritätischer Befugung.

Die Verhandlungen im Pfeifergewerbe.

Die Verhandlungen, die am gestrigen Mittwoch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfanden, haben zu einem positiven Ergebnis nicht geführt. Es wurden gestern lediglich die materiellen Forderungen besprochen. Die Arbeitgeber beharren in der Lohnfrage auf ihrem früheren Angebot eines Wochenlohnes von 135 M. für Herrenarbeiter und 145 M. für Damenarbeiter und erklärten, an dieses Angebot durch Beschluß der Organisationen gebunden zu sein. Die Beschäftigten, die diese Gehaltsätze als völlig ungenügend bezeichneten, vermochten eine Erklärung nicht abzugeben. Die streikenden Pfeifergewerkschaften werden am morgigen Freitagabend zu dem Angebot der Arbeitgeber Stellung nehmen. Von den Beschlüssen dieser Versammlung wird es abhängen, ob die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Streik beim Norddeutschen Zementverband.

Die Arbeiter beim Norddeutschen Zementverband, Lübeck- und Lagerplatz Wühlstr. 63, befinden sich im Streik. Am 29. März dieses Jahres reichte der Transportarbeiterverband bei der Firma einen neuen Tarifentwurf ein. Trotz mehrmaligem Ersuchen, in Verhandlungen einzutreten, ging die Firma diesem Verlangen mit allerhand unzutreffenden Redensarten aus dem Wege. Als nun am Freitag voriger Woche die Arbeiter den Termin zur Verhandlung festgesetzt wissen wollten, zeigte die Firma wieder nicht den Willen, die Wünsche der Arbeiter zu entsprechen. Jetzt verliert man, die

vollständigen Holzzeuge mit Zement und Marmelade an anderen Stellen zur Entschädigung zu bringen. Die Arbeiterschaft wird wissen, wie sie sich demgegenüber zu stellen hat.

Achtung! Holzarbeiter!

Die Tischlerei Kurt Löbel, Müddersdorfer Str. 28, ist für Holzarbeiter nach wie vor gesperrt.

Achtung! Fleischergefellern!

Die in den Betrieben gemählten Betriebsräte resp. Obleute werden dringend ersucht, umgehend ihre Legitimationskarten von den Betrieben abzuholen. Die Karten liegen für die Sektion I. (Brot- und Konfektfabriken, Metzgereien) im Bureau Elisabethstraße 11, I., für die Sektion III. (Darm-, Häute- und Fettbranche) im Bureau Jorndorfer Str. 92 I. zur Abholung bereit.

In einer Versammlung der Angehörten des Eisen-, Eisenwaren-, Stahl-, Röhren-, Werkzeug-, Werkzeugmaschinenhandels wurde nachstehende Resolution gegen 6 Stimmen angenommen: Die am 7. Juni in Daberlands Festivall verammelten Angehörten im Eisen- und Stahlrohhandel betätigen die durch Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums festgesetzte geheime Abkommens über den hinterhältig abgeschlossenen Tarifvertrag der G. A. U. (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) vorzunehmen. Sie empfehlen den Angehörten die Ablehnung des Tarifvertrages (weeds) Abschluß eines gerechten Tarifvertrages für die Angehörten dieser einträglichen Branche.

Wirtschaft

Die D. E. A. als Trufgesellschaft.

Wir hatten in Nr. 287 den Abbruch der Deutschen Erdöl-Alt.-Ges., die 45 Proz. ausschütten neben außerordentlichen Abschreibungen, besprochen. Die D. E. A. nimmt einen Aktienkauf mit den Kossiger Braunkohlenwerken A. G. vor. Die D. E. A. gibt ab:

Kom. 4828 000 M. Aktien der Deutschen Mineralöl-Industrie-Alt.-Ges. in Wierze, die ihrerseits die gesamten Aktien der Kossiger Braunkohlenwerke in Ransdorf und 902 von 1000 Aktien der Gewerkschaft Regis Röhrenwerke in Regis besitzt, ferner

1080 von 1100 Aktien der Braunkohlegewerkschaft Brenndorf in Brenndorf und weiterhin die von den Deutschen Erdöl-Alt.-Ges., Berlin, unter dem Namen „Mineralölwerke Röhlig“ in Röhlig, Pichtenhainichen und Regis betriebenen Generatoranlagen und Zentralfabrikate.

Da die Kossiger Braunkohlenwerke über sieben eigene Braunkohlenwerke verfügen, werden sie nach Erwerb der vorerwähnten Aktien der Deutschen Mineralöl-Industrie und der vorerwähnten Röhlig Brenndorf auch auf die Braunkohlenwerke Regis, Ransdorf und Brenndorf fortan den maßgeblichen Einfluß ausüben und damit eine hervorragende Stellung im mitteldeutschen Bergbau einnehmen. Durch die Einbringung der „Mineralölwerke Röhlig“, welche bekanntlich Braunkohle im Generatorbetrieb auf Mineralöle verarbeitet, und die nach dem bereits vor längerer Zeit erfolgten Abbruch des Versuchsstadiums im Vollbetriebe sind und mit angemessenem Gewinn arbeiten, wird den Kossiger Braunkohlenwerken ein wertvolles, mit ihnen in unmittelbarem örtlichen Zusammenhang stehendes Unternehmen zugeführt.

Als Grund für diese Transaktion gibt die Verwaltung der Kossiger Werke an, daß die Vereinheitlichung der gesamten vorerwähnten Unternehmungen in einer Hand eine erhebliche Vereinfachung der Betriebsführung mit sich bringen, und damit auch allgemein wirtschaftlich die Grundlage für eine erhöhte Produktivität geboten werde.

Dynamit-Alt.-Ges. vormals Alfred Nobel & Co., Hamburg. Nach dem Gewinn- und Verlustkonto für das Jahr 1919 ist an Wären, Dividenden, Zinsen und Abschreibungen mit verbündeten Gesellschaften ein Bruttogewinn von 11 379 400 M. gegen 11 609 191 M. im Vorjahr zu verzeichnen. Die Unkosten haben sich von 6 160 205 M. auf 4 895 831 M. ermäßigt. Der Ueberschuß beträgt 6 118 891 M. gegen 5 798 833 M. im Vorjahr. Daran sollen 16 Proz. Dividende gegen 15 Proz. i. V. auf das alte Aktienkapital von 36 Millionen Mark gezahlt werden. Dem Geschäftsbereich der Verwaltung entnehmen wir folgendes: Im Verze mit unseren Kartellpartnern, der Köln-Rottweil-Aktiengesellschaft, haben wir unter besonderem Interesse der Stapelfaserherstellung angewendet, von der wir hoffen, daß sie dem großen Mangel an Textilien erheblich abhelfen wird. Aber auch auf andere Erzeugnisse haben sowohl wir als auch die uns durch Aktienbesitz oder Verträge nahe stehenden Gesellschaften das Augenmerk gerichtet. Wir hoffen, daß die mannigfachen Artikel, deren Fabrikation zum Teil schon begonnen hat, uns entsprechenden Nutzen bringen werden. Wir hoffen, wenn die neuen Rohstoffbetriebe, deren Einrichtung nur allmählich und nach gewissenhafter Prüfung vor sich gehen kann, im Gange sein werden, wieder einer größeren Zahl von Angestellten und Arbeitern Beschäftigung bieten zu können.

Eine Gefahr für die deutsche Rechenmaschinen-Industrie. Der deutschen Rechenmaschinen-Industrie, die schon vor dem Kriege schwer unter dem ausländischen Wettbewerb gelitten, sich aber dann erfreulicherweise stark entwickelt hat, droht eine neue schwere Gefahr durch Pläne der Amerikaner. Die Firma Glagowski & Co. in Berlin will im Verein mit der Burroughs Adding Machine Co. in Amerika 1120 Burroughs Additionsmaschinen nach Deutschland einführen, ferner Spezialbestandteile und Spezialwerkzeuge zur Herstellung von etwa 1000 Maschinen. Weiter wird die Einfuhrerlaubnis für 500 Maschinen verlangt, die den lautenden dringenden Bedarf decken und zur Aufrechterhaltung der Organisation dienen sollen, bis die ersten in Deutschland hergestellten Maschinen auf den Markt kommen. Als besonderes Entgegenkommen stellen die Amerikaner ihre Absicht hin, den Erlös für ihre Maschinen in Deutschland zu belassen und hier eine große Fabrikation von Additionsmaschinen einzurichten. Wenn auch auf diese Weise unsere Industrie nicht leiden würde, würde doch die deutsche Rechenmaschinen-Industrie auf schwerer Gefahr stehen, wenn nicht gar vernichtet werden. Man braucht hier nur an den Kampf der Amerikaner um

die sogenannten Registrierkassen zu erinnern, der mit einer völligen Niederlage der deutschen Industrie schon vor dem Kriege geendet hat. Der Verband Deutscher Rechenmaschinenfabrikanten hat sich, wie wir weiter erfahren, vor einigen Tagen auf Anregung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr mit dieser Angelegenheit befaßt und dem Reichskommissar mitgeteilt, daß Deutschland zurzeit im allgemeinen nicht auf die Einfuhr fremder amerikanischer Additionsmaschinen angewiesen ist. Die deutsche Industrie sei wohl in der Lage, den dringenden Bedarf an Additionsmaschinen in Deutschland zu decken. In einer weiteren Sitzung im Reichswirtschaftsministerium wurden die Regierungsvertreter dringend ersucht, das bisherige Einfuhrverbot voll befestigen zu lassen mit der Maßgabe, daß wie bisher über einzelne Ausnahmen von Fall zu Fall entschieden werden möge. Ramentlich sollen die Maschinen, die zurzeit in Deutschland noch nicht hergestellt werden, in keinem Umfange hereingelassen werden. Es steht zu erwarten, daß die Reichsregierung diesen Wünschen Rechnung tragen wird.

Die deutschen Arbeiter haben nicht das geringste Interesse daran, unter die Botmäßigkeit amerikanischer Großkapitalisten zu kommen, die, wie ihr bisheriges Vorgehen gezeigt hat, mit unerbittlicher Rücksichtslosigkeit den Kampf aufzunehmen wissen. Wenn sich die deutschen Rechenmaschinenfabrikanten hinter den Einfuhrkommissar verstecken wollen, damit dieser ihnen die Gefahr vom Hals fällt, so betrieblig und dieses Vorgehen doch keineswegs, es entspricht auch nicht dem deutschen Können, das auch den Amerikanern gegenüber standhält. Uns erscheint es dringend notwendig, daß auch die deutsche Industrie ihre Zersplitterung überwindet und sich zu einer Produktionsgemeinschaft zusammenschließt, die als solche den mächtigen, auch nur durch die Konzentration ihrer Mittel leistungsfähigen amerikanischen Industrien gegenüberstehen kann. Das wollen ja aber die deutschen Fabrikanten nicht, sie wollen den alten Wirtschaftsegoismus nicht aufgeben.

Hier haben die Betriebsräte einen energischen Ton zu reden! Wenn sie mit ihren Kollegen im Reich erste Schritte nehmen und sich verständigen, dann können sie im Wirtschaftsministerium ihren Standpunkt mit Erfolg gewiß vertreten. Heute liegen die Verhältnisse so, daß, wenn den deutschen Unternehmern von den Amerikanern ein guter Preis geboten wird, sie ihre Fabriken ohne weiteres verkaufen und es ihnen höchst gleichgültig ist, ob ihre Arbeiter für amerikanische Kapitalisten oder japanische die Dividenden herauszuwickeln haben. Wir hoffen, daß die Betriebsräte der Rechenmaschinenindustrie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigen werden.

Das Kleinhaus und Lehm.

Gemeinden, Siedlungsgesellschaften, Baugenossenschaften und sonstige Bauherren sollten sofort mit der Vorbereitung ihrer Bauten für das laufende Jahr beginnen und deren Durchführbarkeit durch die Menge der zur Stelle geschaffenen Baustoffe, insbesondere solcher, die ohne Kohlen hergestellt sind oder nur wenig Kohlen bei der Erzeugung verbrauchen, rechtzeitig nachweisen. Derzeitige geänderte Bauten haben Aussicht darauf, von Reich und Staat in entgegenkommender Weise mit finanzieller Unterstützung bedacht zu werden. Ein Merkblatt über Lehm, das vom Ministerium für Volkswirtschaft zu beziehen ist, enthält die Richtlinien, die überall da der Planung und Errichtung von Lehmbauten zuzurufen gelegt werden müssen, wo Ertragsarten und Kenntnisse des Lehmbaus noch fehlen. Im allgemeinen ist es dringend zu empfehlen, die am Ort heimische Ausführungsart wieder aufzunehmen und die erfahrenen alten Handwerker, die in Lehm gebaut haben, als Lehrmeister heranzuziehen. Solche Handwerker finden sich fast noch überall. Erst wenn die Ueberlieferung verfallen ist, auf Ausführgenossen zurückzugreifen, die in anderen Landesteilen, ausserhalb oft unter dem Einfluß andersartiger klimatischer, geologischer und sonst zu berücksichtigender Verhältnisse erwachsen sind. Wo es an Lehmhandlungen und geeigneten Ueberträgern fehlt, ist die Hilfe des Reichverbandes zur Förderung ipriomer Bauweisen in Berlin im Anspruch zu nehmen, der nicht allein die geeigneten Persönlichkeiten als Berater nachzuweisen imstande ist, sondern auch mit gesammelten Erfahrungen zur Verfügung stehen wird. Eingebende Nachweisungen über das Vorkommen von Lehm lagern sich von der Geologischen Landesanstalt in Berlin NW., Invalidenstr. 42, zu erhalten.

Neuregelung der italienischen Zölle.

Italien steht gegenwärtig vor einer wenn auch vorerst provisorischen Neuregelung seiner Zölle auf einer den veränderten Verhältnissen der Gegenwart anangepaßten Basis. Die die „Telegraphen-Union“ hierzu aus Rom meldet, werden die Vorkläufer der Neuregelung im wesentlichen auf schutzadlnerische Maßnahmen hinauslaufen, die einseitig der einheimischen Industrie zugute kommen würden, ohne allzu große Rücksichten auf die Interessen der Kontrahenten zu nehmen. Nach der derzeitigen Zusammenfassung der Kammer ist die Befristung gerechtfertigt, daß die Vertreter des Freihandelsystems bei den entscheidenden Abstimmungen in der Rinderheit bleiben werden und daher die Auslandskonkurrenz in Italien in fühlbarer Weise abbruch erleidet.

Aus aller Welt.

4500 Fässer explodiert.

Tosca, 10. Juni. (Reuter.) In Nord des Leichters Robe explodierten 4500 Fässer Gasolin. Der angerichtete Schaden wird auf eine Million Yen geschätzt.

Verhafteter Mordmörder. Die die Münchener Polizeidirektion mitteilt, in der 23 Jahre alte Handlungsgehilfe Werner Fleischer in München verhaftet worden, der am 19. März gelegentlich der polnischen Wirren aus dem Gefängnis in Wien mit seinem Bruder befreit wurde. Die beiden Brüder Fleischer wurden wegen mehrfachen Mordmordes zum Tode verurteilt.

Bericht über den redaktion. Teil: Erich Kuttner, Kommissar für Anzeigen, Ad. Hilde, Berlin. Verlag: Friedrichs-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Friedrichs-Verlag G. m. b. H. Berlin. Preis: 10 Pf. Berlin. Vertrieb: 10 Pf. Berlin.

Am 6. u. 7. März vertrieben
leant unter beifolgender
Drucker und Dater
Carl Weide.
Familie Pledier,
Familie Frits,
Gartenstr. 94, 1. 109/108
Die Verdingung findet am
Freitag, den 11. Juni, nach
mittags 3 Uhr, von der
Kapelle des Erbschallan-
Fest bafes, Rindlerdorf,
Gumboldstraße, aus statt.

Arbeitskräfte sowie andere
neue Maschinen aller Art, keine
Verkauf, immer noch zu
Bauernarbeit, inoffiziellen
Sommerferien im Schloss
Burgstr. Nr. 7.
Wesslinger-Rumpen, Erfas-
telle Wesslinger-Rumpen,
Rohde u. Co., Berlin G.,
Wite Schloßstraße 20/22, 1008
Jaschmann, Gutmann,
Kollmann, Berlin, Köllme,
Wante verkauft enorm bil-
lig, Schlossstr. 20/22, 1008
Gefäßverleiher bessere
Anker, auch Stahl, Stahl,
Roh, Wühlstr. 40a, Rod-
Kochstraße, 1008
Es haben schon von 40
Wart einwärts verfallene
Kaufmannliche, Gutmannliche,
Sommerferien, prima Kom-
pagnonhosen ebenfalls kostbilig
nur bei Luft, Wühlstr. 40a,
46, portiere, Kasse, Wühlstr.
Wühlstr. 40a, 1008

Geschäftsverkaufe
Seifengeschäft, elektrisches
Licht, Rohr zu verkaufen, aus-
tandlich, Wühlstr. 40a,
Wühlstr. 40a, 1008
Kampfen, Installations-
geschäft, altes Eisen,
einige der Gegen, ohne
Wohnung, mit circa
10 000 Mark Wert, für 12 000
Mark verkauft, Wühlstr. 40a,
Wühlstr. 40a, 1008
Möbel
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008

Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008

Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008

Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008

Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008

Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008
Küchen, modern, mit
ohne Küche, liefert, 1. Str.,
28, 1. Str., 450 Mark, ab-
Wühlstr. 40a, 1008

Verkaufe
Anzüge und Toiletets ver-
kauft zu sehr billigen Prei-
sen, Central-Wühlstr., Wühl-
str. 71.

Verkaufe
Anzüge und Toiletets ver-
kauft zu sehr billigen Prei-
sen, Central-Wühlstr., Wühl-
str. 71.

Verkaufe
Anzüge und Toiletets ver-
kauft zu sehr billigen Prei-
sen, Central-Wühlstr., Wühl-
str. 71.

Verkaufe
Anzüge und Toiletets ver-
kauft zu sehr billigen Prei-
sen, Central-Wühlstr., Wühl-
str. 71.

Verkaufe
Anzüge und Toiletets ver-
kauft zu sehr billigen Prei-
sen, Central-Wühlstr., Wühl-
str. 71.

Verkaufe
Anzüge und Toiletets ver-
kauft zu sehr billigen Prei-
sen, Central-Wühlstr., Wühl-
str. 71.

Verkaufe
Anzüge und Toiletets ver-
kauft zu sehr billigen Prei-
sen, Central-Wühlstr., Wühl-
str. 71.

Verkaufe
Anzüge und Toiletets ver-
kauft zu sehr billigen Prei-
sen, Central-Wühlstr., Wühl-
str. 71.